

Bericht von den Haushaltsberatung 2013:

Zunächst ein paar Zahlen:

Zwangsräumungen (Zwangsräumungstermine, fest anberaumte Räumungstermine; also so richtig mit gewaltsamen Rausschmeißen mit Hilfe des Gerichtsvollziehers und bei Renitenz evtl. mit der Polizei) gab es in Fürth:

2011:	98
2012:	118
2013 (Stichtag 18.11.2013):	126

Stromsperrungen in Fürth:

2006:	1.545
2012:	864
(01.01.2012 bis 30.09.2012	675)
01.01.2013 bis 30.09.2013	666

Gassperrungen in Fürth:

2011:	20
2012	17
bis 30.09.2013:	14

Mein kurzer Kommentar:

jede Zwangsräumung und jede Sperrung ist eine zuviel.

Anzuerkennen ist trotzdem, daß die Sperrungen rückläufig sind. Hier mein großer Dank und großes Lob an das Sozialforum, das das Thema „Stromsperrungen“ etc. seit Jahren kontinuierlich bearbeitet und thematisiert. Danke !

Gassperrungen dürfte es eigentlich bereits deshalb nicht geben, weil es im Winter kalt ist; allerdings ist die Infra zur Gaslieferung / Leistung im Winter verpflichtet, damit niemand erfriert; hatte jedenfalls deshalb schon mal einen Fall beim Amtsgericht Fürth, wo es so geheißen hat. Die Gassperrungen müssen sich also auf die Sommermonate beziehen.

Leerstandssatzung / sog. „Zweckentfremdungssatzung“:

Hier freue ich mich einen Erfolg mitteilen zu können.

Denn es soll bereits noch im Dezember 2013 ein gemeinsames Gespräch von Fürth mit Erlangen und Nürnberg geben, ob diese Städte auch eine Leerstandssatzung verabschieden.

Falls nicht, soll es einen Fürther Alleingang geben. Diese soll dann bereits nächstes Jahr, im Januar oder Februar verabschiedet werden.

Mein großer Dank und großes Lob auch hier an die AktivistInnen des Sozialforums ! Ohne Euer Engagement, auch vor der letzten Stadtratssitzung im November, wäre das nicht zustande gekommen.

Das heißt dann, daß Wohnungen nicht länger als drei Monate leer stehen dürfen bzw. dies mit Sanktionen belegt ist.

Ich vermute allerdings, bzw. habe ich bereits leider erste diesbezügliche Stimmen vernommen, daß

sich Vermieter, wohl vor allem die großen privaten Vermieter, hiergegen noch wehren werden. Da müßten wir die Stadt dann evtl. unterstützen, damit sie diese Satzung verabschiedet. Wie so eine Satzung ausschauen könnte, habe ich in meinem Antrag auf die Satzung der Stadt Bonn hingewiesen. (füge ich meinem Bericht auch als pdf bei)

Wenn die Satzung verabschiedet ist, heißt das für uns / für mich: wachsam bleiben und beobachten, ob die Satzung eingehalten wird und angewendet wird.

Also: leere Wohnungen abchecken, der Stadt mitteilen, und nachhaken, warum diese nicht bezogen werden.

Stelle dauerhafte Wohnungssicherung, DaWoSi wird für ein weiteres Jahr bleiben

Der Bericht zu DaWoSi von Frau Reichert war zwar ein wenig kompliziert. Sie hat nicht nur einfach mit „ja oder nein“ geantwortet. Im Ergebnis habe ich den Bericht so verstanden, daß Frau Zintl 19,5 Stunden / Woche beschäftigt bleibt. Ab 2015 soll es eine solche ähnliche Stelle ja bei der Stadt geben, wobei dann diese vielleicht einfach Frau Zintl übernehmen kann.

Das Land Bayern hat (noch ?) keine Kostenzusage gegeben. Das Sozialamt übernimmt weitere 7.000.-- € der Kosten (es fehlen ja insgesamt 30.000.-- €). Es findet beim Sozialamt eine „Umschichtung“ zu Gunsten der DaWoSi-Stelle statt.

Weiterhin wurden von der Stadt und der Caritas nun auch die privaten Großvermieter angeschrieben. Auch wenn gesagt werden kann, daß die Erhaltung der Stelle doch eine öffentliche Aufgabe sei, also das Land oder die Stadt zahlen müsse, ist es letztendlich für die Betroffenen egal, woher das Geld kommt, wenn ihnen geholfen wird. Dies ist wohl aber nur eine kleine Randdiskussion, nicht die entscheidende, oder ?

Unterbringung Obdachlose jetzt im Winter:

Auch hier wieder unsere jährliche Anfrage. Es soll niemand erfrieren !

Möglichkeiten:

- Wohnungsfürsorge der Stadt, separater Bereich für Frauen vorhanden
- Notaufnahme nachts oder am Wochenende über die evangelische Bahnhofsmision Fürth, Ottostr. 6/8. Hier stehen Schlafplätze für Männer zur Verfügung. Frauen werden in Pensionen vermittelt mit der Auflage, sich am nächsten Öffnungstag bei der städtischen Wohnungsfürsorge zu melden.
- Wärmestube / Fürther Treffpunkt: Hier besteht die Möglichkeit des Tagesaufenthaltes mit Essensausgabe sowie einer Weitervermittlung in die o.g. Einrichtungen.
- Nach meiner Kenntnis steht im städtischen Altenheim, Stiftungsstraße, ein Zimmer für obdachlose Behinderte zur Verfügung; allerdings wurde dies bisher nicht in Anspruch genommen, weshalb zur Diskussion steht, daß dieses Zimmer wieder anderweitig genutzt werden soll, weil es ja nur leer steht.

Falls in dem Übergangwohnheim und den Notschlafstellen nicht mehr genügend Platz vorhanden sein sollte, würden zunächst die vorhandenen Zimmerbelegungen erhöht werden. Wenn auch diese Maßnahmen nicht ausreichen sollten, würden entsprechende Unterkunftsmöglichkeiten gesucht und angemietet werden.

Schlechte Wohnverhältnisse, Hilfe durch die Stadt Fürth:

Eine weitere negative Folge der aktuellen Wohnungsnot ist ja, daß sich viele MieterInnen aus Angst vor Wohnungsverlust nicht trauen etwas gegen ihre Vermieter wegen schlechter Wohnverhältnisse zu unternehmen.

Deshalb habe ich Unterstützung / Eingreifen durch die Stadt beantragt.

Herr Baureferent Krause hat dies abgelehnt, da dies die Stadt überfordern würde und eine zivilrechtliche Sache sei, also zwischen Mieter und Vermieter.

Aber genau dieses, nämlich die Verweisung auf den Zivilrechtsweg, ist unrealistisch. Denn die wenigsten gehen zum Anwalt, abgesehen vom Prozeßrisiko.

Bei Gefahr für die Gesundheit muß die Stadt jedoch tätig werden.

Z.B. bei Verdacht der Quecksilberbelastung. Hier gebe es kein Programm der Stadt mehr, jedoch tauchen solche Fälle hin und wieder auf (so Baureferent Krause).

Wg. Legionellengefahr finden die regelmäßigen Untersuchungen statt, wie bereits in der FN zu lesen war.

Die weitere Satzung „Verbot von Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen“ wird nicht so schnell zu verabschieden sein.

wie die „Leerstandssatzung“. Dies sei komplizierter, sagte der Oberbürgermeister.

Mein Kommentar: Auch hier stehen die Eigentumsrechte der Vermieter im Raum, die eingeschränkt würden. Deshalb ist dies nicht so einfach.

Ich halte diese Problematik für ein sehr großes Problem von Fürth und Mitursache der Wohnungsnot in Fürth. Denn viele vormals günstige Mietwohnungen wurden in Eigentumswohnungen umgewandelt, wodurch Verdrängung und wesentlich höhere Mieten verursacht wurden.

Meine Anfrage wieviele Wohnungen umgewandelt wurden, im Fachchinesisch sog.

Abgeschlossenheitsbescheinigungen nach dem Wohnungseigentumsgesetz erteilt wurden, wurde wie folgt beantwortet:

2010 68 Bescheinigungen für insgesamt 531 Wohneinheiten

2011 62 Bescheinigungen für insgesamt 513 Wohneinheiten

2012 69 Bescheinigungen für insgesamt 728 Wohneinheiten

2013 bisher 42 Bescheinigungen für insgesamt 478 Wohneinheiten

Weiter heißt es, daß die überwiegende Anzahl der Abgeschlossenheitsbescheinigungen für die Aufteilung neugebauter Mehrfamilienhäuser in Wohneigentum ausgestellt wurden.

Leider wurde mir nicht beantwortet, wieviele genau.

Ich will nach wie vor wissen, wieviele alte Wohnhäuser mit ehemals günstigen Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt wurden.

Insofern werde ich auf einen Wohnungsbericht für die Stadt Fürth bestehen bleiben, auch wenn sich – bei aller Sympathie für das Sozialreferat – nun schon seit Jahren beharrlich geweigert wird einen solchen Bericht zu erstellen. Es würde aber wohl auch rauskommen, daß die Fürther SPD sich in diesem Punkt einfach nicht sehr sozial verhalten hat, sondern die Interessen Investoren in den Mittelpunkt gestellt hat, um es politisch diplomatisch auszudrücken.

Immerhin habe ich heuer die obigen Zahlen erhalten, ich frage diesbezüglich ja auch schon seit Jahren regelmäßig nach ...

Der jährliche Verdienst des Herrn Parthemüller (Infra-, wbg, etc. Chef):

wurde mir auch nicht mitgeteilt. Dies ist nichtöffentlich. Auch mein Einwand, daß es doch das Geld

der BürgerInnen ist, hat nicht weitergeholfen.

Bei den Zuschüssen der Infra für den „Premium-Fitnessclub“

im Fürthermare war es genauso. Außer der allgemeinen Mitteilung, daß die Zuschüsse weiter nach unten gehen würden, gab es keine Antwort. Damit kann ich aber nichts anfangen, nur Herrn Parthemüller blind vertrauen zu sollen; was ich aber nicht mache !

Auch nicht beantwortet wurde meine Frage nach Mitteilung konkreter Zahlen für die Kalbsiedlung, was die städtische wbg gezahlt hat

Die Stadt habe aus Mitteln der Städtebauförderung 2.336,060 € gezahlt (vor allem für Lärmschutzwand und Freiflächengestaltung, und auch für Bestandsaufnahme, Gutachten, Verkehrsentwicklungsplan, Altlastenuntersuchungen). Konkret wurde in 2013 für die Errichtung eines Multifunktionssportfeldes 60.200 € finanziert.

Die Zahlungen der Stadt sind also offensichtlich nicht das Problem.

Aber:

Hinsichtlich der Zahlungen der wbg wurden diese deshalb nicht mitgeteilt, weil die wbg eine Gesellschaft ist, also deren Zahlen nichtöffentlich bzw. nur teilweise.

Der OB hat nur allgemein darauf hingewiesen, daß seinerzeit in der Zeitung gestanden habe, daß dies „Minimum 20 Millionen“ gewesen seien. (DM oder Euro ?).

Mir war die Frage deshalb wichtig, weil die Mieteinnahmen der wbg eben nicht in den Wohnungsbau und die Wohnungsrenovierungen der wbg gesteckt wurden, sondern eben z.B. in die sog. „Kalb-Siedlung“.

Deshalb habe ich auch Umwandlung der wbg in eine Genossenschaft beantragt.

Denn bei einer Genossenschaft müssen die Gelder wieder in den Genossenschaftszweck, also in Wohnungen, investiert werden. Soche „Querfinanzierungen“, wie bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, wären dann nicht möglich. Die Wohnungsproblematik wäre erheblich geringer, wenn die Mieteinnahmen der städtischen wbg nicht für andere Sachen verwendet worden wären.

Der Oberbürgermeister hat hier etwas unfair argumentiert. Er sagte, daß dann alle 1.700 Genossen, also Mieter der wbg, 1.000.-- € Genossenschaftsanteil zahlen müßten.

Dies ist aber falsch.

Erstens ist der Genossenschaftsanteil praktisch immer in Höhe der Kautions, in meiner Kanzlei hatte ich schon unzählige Fälle mit Genossenschaften, es war immer so.

Und vor allen Dingen zweitens: Es bestimmt ja die Genossenschaftsversammlung, wie hoch der Genossenschaftsanteil ist. Die Genossenschaftsversammlung entscheidet ja alles. Deswegen ist es auch so wichtig, daß die Genossenschaftsmitglieder auf ihre jährliche Genossenschaftsversammlung gehen und mitreden und in ihrem Interesse abstimmen.

Auf diese Einwände hin hat der Oberbürgermeister auch den wahren Grund genannt. Nämlich: Bei einer Genossenschaft hätte die Stadt auch nur noch eine Stimme.

Also genauso, wie die MieterInnen / Genossenschaftsmitglieder.

Aktuell kann die Stadt bestimmen, was mit den Überschüssen / Mieteinnahmen passiert, oder ob z.B. an das ESW verkauft wurde etc. Wenn es eine Genossenschaft wäre, würden die

Genossenschaftsmitglieder / MieterInnen entscheiden.
Nur ich habe für eine Umwandlung als Genossenschaft gestimmt.

Auch wurde abgelehnt ein Konzept für die Rekommunalisierung der Infra anzufangen zu erarbeiten

Dies ist allerdings ohnehin ein längerfristigeres Projekt.
Ich werde mich nach wie vor für ein Referat VII engagieren.
Bereits die blöde Geheimhaltung bei Gesellschaften nervt.
Nur ich habe für die Konzepterarbeitung einer Rekommunalisierung gestimmt.

Auch heuer wurde, wie von mir beantragt, die Gewerbesteuer nach Branchen aufgeschlüsselt

Mir ist dies deswegen wichtig, um daraus auch die Wirtschaftsstruktur von Fürth herauslesen zu können.

Auch heuer wieder ist der größte Posten „Handel“, 12.336.369 €.

Noch vor dem verarbeitenden Gewerbe, v.a. „Herstellung von ...“ („Industrie“), 9.364.778 €.

An dritter Stelle kommt „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, 4.485.384 €.

An vierter Stelle kommt „Erbringung von freiberuflichen wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen, 4.041.384 €.

Als Resümee läßt sich, glaube ich, feststellen, daß Fürth inzwischen eher eine Dienstleistungs- bzw. Handelsstadt ist, und weniger eine Industriestadt.

Dies halte ich aber durchaus für positiv, da Fürth dadurch unabhängiger vom „Weltmarkt“ ist, unabhängiger vom sog. Export. Dies halte ich für krisensicherer. Vor allem in Bezug auf Lebensmittel: denn dies ist in erster Linie Binnenmarkt, und Lebensmittel werden immer und zu jeder Zeit gebraucht.

Mehr Bänke für SeniorInnen:

Ich wurde diesbezüglich darauf hingewiesen, daß dies mit Spenden erfolgen solle.
Also: wer spendet ? !

Feuerstelle am „Pegnitzstrand“ für Jugendliche:

Dies sei aus Umweltschutz- und Feuerschutzgründen nicht möglich. Dies ist Landschaftsschutzgebiet und Vogelschutzfläche. Deshalb gibt es dort auch keine Gehwege sondern nur Stege. Die Flächen sollen vor allem der Natur überlassen werden.

Das Grünflächenamt hat keine Flächen mit öffentlichen Feuerstellen, es betreut aber einen Grillplatz in der Nähe des Badsteges.

Von den seinerzeitigen 10 %- Kürzungen für Vereine wurden 5 % zurückgenommen.

Die nächsten 5 % sollen bereits die nächsten Haushaltsberatungen zurückgenommen werden, wenn

es die wirtschaftliche Lage zulasse.
Auch hier gilt es wachsam zu bleiben.

Noch ein Schlußwort, vor allem zur CSU:

Und wieder, wie bereits letztes Jahr, hat sich Dr. Schmidt, kritisch zum Mobilitätstaler geäußert. Die CSU hat letztes Jahr zwar dem Mobilitätstaler zugestimmt, aber ganz offensichtlich nur aus Opportunismus. An und für sich sei das wohl nach deren Meinung „nicht finanzierbar“. Den Mobilitätstaler hat die CSU ganz offensichtlich immer noch nicht verkräftet. Ebenso widersprüchlich und daher unglaubwürdig hat sich die CSU insgesamt verhalten. Einerseits das „Schuldenmachen“ bzw. „zu geringen Schuldenabbau“ kritisiert, also die Ausgaben, was ja vor allem Soziales betrifft. Andererseits die Rücknahme z.B. der 10 % - igen Kürzung verlangt. Obwohl sie bisher immer sehr zustimmend jeder Kürzung zugestimmt hat und gebetsmühlenartig „wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“ sagt. Wobei sie mit „über den Verhältnissen gelebt“ natürlich Hartz IV - Bedürftige und arme Menschen meint und nicht die Vermögenden und Investoren. Auch verteidigt die CSU, sogar beim Thema Wohnungsnot und diesbezüglichen Versammlungen, regelmäßig die – vollkommen überhöhten - Gewinnerwartungen der Investoren. Die CSU ist immer noch nicht bereit zu sagen, daß die Investoren etwas von ihrem Gewinn abgeben müssen. So ist die CSU verantwortlich für die immer größer werdende Schere zwischen reich und arm. Und heuer war die CSU, so hatte ich den Eindruck, ganz besonders sauer auf mich. Viele Anträge, die alle deren Ideologie „privat und reich ist gut und bringt Fortschritt“ widersprechen.

Von links und den sozialen und antifaaschistischen Kräften in der Stadt angespitzt gelingt es jedoch mit der SPD immer wieder soziale Verbesserungen zu erreichen; auch wenn unsere Forderungen immer weiter gehen.

Schauen wir, wie sich der nächste Stadtrat nach den Kommunalwahlen am 16. März 2014 zusammensetzt.

Tschüß und solidarische Grüße,
Ulrich Schönweiß, Stadtratsmitglied im Fürther Rathaus für DIE LINKE

Anlage:

Anträge DIE LINKE. zu den Haushaltsberatungen 2013 (link: <http://www.die-linke-im-stadtrat-fuerth.de/Antraege.htm>) :

1. - Rekommunalisierung der Infra, „Referat VII“, Erarbeitung eines Konzeptes
2. - Kosten der „Kalb-Siedlung“ für die wbg / die Stadt
3. - Umwandlung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft in eine städtische Wohnungsbau-genossenschaft, Erarbeitung eines Konzeptes
4. - Mitteilung der jährlichen Zahlungen an Hr. Partheimüller

5. - Aufschlüsselung der Gewerbesteuer nach Branchen
6. - mehr Bänke für SeniorInnen
7. - Feuerstelle am „Pegnitzstrand“ (unterhalb der Jakobinenstr., Nähe Röllingersteg)
8. - 1. Leerstandssatzung / Zweckentfremdungssatzung für Wohnraum 2. Umwandlungsverbot (von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen)
9. - 1. Mitteilung der Zahlen der Zwangsräumungen 2. Unterbringung von Obdachlosen im Winter gewährleistet ? 3. Stromsperrungen / Gassperrungen
10. - 1. Legionellen 2. Quecksilber 3. schlechte Wohnverhältnisse
11. - Nachfrage wg. Subventionen für „Premium-Fitnessclub“ im Fürthermare
12. - Beibehaltung und Ausbau Stelle DaWoSi